

«Ausbeutung» bei SF

Ein vertrauliches Gutachten kritisiert

Misstände beim Schweizer Fernsehen

VON SEBASTIAN RAMSPECK

ZÜRICH Menschen, die im Job ausgebeutet werden, ein Grossunternehmen, das Kleinbetriebe diskriminiert – normalerweise ein Fall für die TV-Sendung «Kassensturz».

Dass Misstände dieser Art auch beim Schweizer Fernsehen (SF) zu finden sind – zu diesem Schluss kommt ein neues, vertrauliches Gutachten über die Produktionsbedingungen beim gebührenfinanzierten Sender.

Verfasser des 43-seitigen Dokuments ist Peter Nobel, einer der bekanntesten Rechtsprofessoren und Wirtschaftsanwälte der Schweiz. Sein Fazit: SF missbraucht seine «marktbeherrschende Stellung» und verletzt das Kartellgesetz. Nobel wirft dem Sender «Diskriminierung» sowie eine «Ausbeutungs- und Verdrängungsstrategie» vor. Vorgangene Woche wurde das brisante Dokument dem Kommunikationsdepartement von Bundesrat Moritz Leuenberger und der Wettbewerbskommission zugestellt.

Untersucht hat Nobel die Geschäftsbeziehungen zwischen dem SF, seiner Produktionsgesellschaft TPC und den sogenannten ENG-Betrieben. ENG steht für «Electronic News Gathering»: Ein- oder Zweimanntams, die mit Kamera und Mikrofon die Journalisten auf Ausseneinsätzen

begleiten. Zu unkorrekten Bedingungen, wie der Gutachter schreibt. Zum Beispiel seien die Tagessätze, die das TPC diesen Firmen bezahle, nicht kostendeckend. Das Gutachten verweist dabei auf einen Bericht der Universität St. Gallen vom vergangenen September.

Die Tagessätze für einen Kameramann samt teurer Ausrüstung sind seit 1993 gesunken und lie-

Gebührengelder für die SVP

Die FDP beschwert sich bei SRG-Chef Armin Walpen über eine Werbung im SVP-Parteiblatt

In der Dezember-Ausgabe der SVP-Postille «Klartext» schaltete die SRG eine ganzseitige Anzeige zum «Abschied vom Mittelwellensender Beromünster». FDP-Vizepräsident Ruedi Noser beschwerte sich in einem Brief über die «Parteienfinanzierung» mit «Gebühren und Steuergeldern». Besonders stossend sei, dass die Gelder an die SVP gingen: «Jene Partei, nota bene, welche das Staatsradio abschaffen möchte.»

gen derzeit bei 1020 bis 1050 Franken. Das TPC selber verrechnet 1140 Franken.

«Fernsehen verweigert seit Jahren jegliche Gespräche»

Für diesen Preisunterschied liefert das SF laut Gutachten «keine

befriedigende Erklärung». Vielmehr gebe es Hinweise darauf, dass auch die TPC-Tarife nicht kostendeckend seien, mittels einer Quersubventionierung niedrig gehalten würden – um die Kleinbetriebe vom Markt zu drängen. Fernsehen und TPC nützten ihre Stellung als Quasimonopolisten aus. Neben den Preisen listet Nobel weitere Produktionsbedingungen auf, die seiner Ansicht nach problematisch sind. Dabei geht es insbesondere um die Überstunden, die nicht angemessen vergütet würden.

Das vertrauliche Gutachten hat der Branchenverband ENG Schweiz in Auftrag gegeben. Präsident Charles Michel will den Inhalt im Einzelnen nicht kommentieren, zeigt sich aber erfreut über die Schlussfolgerungen.

Sein Verband bedauere, dass das Fernsehen «seit Jahren jegliche Gespräche über Vertragsbedingungen und Tarife» verweigere – ein Vorwurf, den auch das Gutachten thematisiert. SF und TPC haben noch keine Kenntnis



vom brisanten Papier. Sprecher Urs Durrer weist die Vorwürfe einer unfairen oder gar illegalen Behandlung der ENG-Firmen zurück. Man sei mit den Betrieben im Gespräch und werde die Verträge, die in diesem Jahr auslaufen, neu verhandeln. «Die Vergütung freier Firmen lässt sich nicht mit jener des TPC vergleichen, da die erbrachte Leistung nicht die gleiche ist», sagt Durrer. Es gebe keine Quersubventionierung.

SF habe den Vertragsfirmen «vor drei Jahren Einjahresverträge zu den bisherigen Konditionen und 1100 Franken pro Tag oder Dreijahresverträge mit grossem Volumen und der Garantie, keine neue Ausrüstung kaufen zu müssen, zu 1050 Franken pro Tag angeboten». Alle Firmen hätten den Dreijahresvertrag gewollt. Es gebe keinen Grund, diesen während der Laufzeit neu auszuhandeln. Durrer verweist auf einen Ent-

scheid des Sekretariats der Wettbewerbskommission. Dieses hatte eine Voruntersuchung im Mai eingestellt, weil es keine Hinweise auf «einen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung» durch das SF gebe. Nobel sieht es anders: In seinem Dokument wirft er der Kommission «Lücken bei der Sachverhaltsabklärung» vor und empfiehlt eine «Neuaufnahme der Vorabklärung».